

Prüfbericht über das Büro für Zukunftsfragen

Bregenz, im Juni 2003

INHALTSVERZEICHNIS

Vorlage an den Landtag und die Landesregierung	3
Darstellung der Prüfungsergebnisse	3
Prüfungsgegenstand und -ablauf	4
Zusammenfassung der Ergebnisse	5
1. Büro für Zukunftsfragen im Überblick	7
1.1. Gründung	7
1.2. Strategische Ausrichtung	8
1.3. Budget	11
2. Geschäftsfelder	12
2.1. Kampagnen	13
2.2. Förderungen	17
2.3. Pilotprojekte	21
3. Organisation	25
3.1. Aufbauorganisation	25
3.2. Geschäftsprozesse	28
3.3. Controlling und Internes Kontrollsystem	30
3.4. Evaluierung	31
Abkürzungsverzeichnis	33

Vorlage an den Landtag und die Landesregierung

Der Landes-Rechnungshof hat gemäß Artikel 70 der Landesverfassung dem Landtag und der Landesregierung über seine Tätigkeit und die Ergebnisse seiner Prüfungen zu berichten.

Gemäß § 5 des Gesetzes über den Landes-Rechnungshof in der geltenden Fassung hat der Landes-Rechnungshof nach einer durchgeführten Gebarungsprüfung unverzüglich einen Bericht vorzulegen.

Darstellung der Prüfungsergebnisse

Der Landes-Rechnungshof gibt in diesem Bericht dem Landtag und der Landesregierung einen detaillierten Überblick über die Gebarungsprüfung der Amtsstelle Büro für Zukunftsfragen.

Er konzentriert sich dabei auf die aus seiner Sicht bedeutsam erscheinenden Sachverhaltsdarstellungen, die Bewertung von Stärken, Schwächen und Risiken sowie die daran anknüpfenden Empfehlungen.

Berichte über die Prüfungen durch den Landes-Rechnungshof erscheinen auf den ersten Blick eher nur Defizite aufzuzeigen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Arbeit der geprüften Stellen generell mangelhaft ist, selbst wenn die Darstellung von Stärken aus deren Sicht zu kurz kommt. Vielmehr soll das oft schon vorhandene Bewusstsein über Verbesserungspotentiale und die Umsetzung der gegebenen Empfehlungen dazu beitragen, das anerkannt hohe Leistungsniveau nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit noch zu verbessern.

Bei dem Zahlenwerk wurden gegebenenfalls kaufmännische Auf- und Abrundungen vorgenommen.

Im Bericht verwendete geschlechtsspezifische Bezeichnungen gelten grundsätzlich für Männer und Frauen.

Prüfungsgegenstand und -ablauf

Der Landes-Rechnungshof prüfte von Februar bis März die Gebarung des Büros für Zukunftsfragen im Amt der Vorarlberger Landesregierung. Prüfungsschwerpunkte waren die Geschäftsfelder, das Interne Kontrollsystem sowie die Schnittstellen zu den Abteilungen des Amtes der Vorarlberger Landesregierung.

Die Prüfungsergebnisse wurden dem Leiter der Amtsstelle am 29. April 2003 zur Kenntnis gebracht. Das Amt der Vorarlberger Landesregierung gab am 27. Mai 2003 eine Stellungnahme ab, die vom Landes-Rechnungshof in den Prüfbericht eingearbeitet wurde.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Der Landes-Rechnungshof hat das Büro für Zukunftsfragen (ZuB) geprüft. Schwerpunkte der Prüfung waren die Aufgaben in den einzelnen Geschäftsfeldern, das Interne Kontrollsystem sowie die Organisation unter Berücksichtigung der Schnittstellen zu den Abteilungen im Amt der Vorarlberger Landesregierung.

Bewusstseinsbildung und Motivation zu verstärktem Engagement und die Mitgestaltung von Veränderungsprozessen bilden die Kernkompetenz des ZuB. Die Ausgaben im Jahr 2002 betragen €643.500, die Einnahmen €18.600. Für 2003 ist ein Budget von €702.400 netto geplant.

Das ZuB wurde mit Wirkung 1. Dezember 1999 gegründet. Entstanden ist das ZuB durch eine Auslagerung des Umweltinformationsdienstes (UID) aus dem Umweltinstitut.

Während der UID sich stark mit ökologischen Themen auseinandersetzte, forciert das ZuB seit 2000 interdisziplinäre und zukunftssträchtige Themen unter den Leitmotiven Nachhaltigkeit und Sozialkapital.

Das Konzept der Nachhaltigkeit resultiert aus der Konferenz in Rio de Janeiro im Jahr 1992. Ein Bewusstseinswandel im Umgang mit den Ressourcen soll eingeleitet werden. Sozialkapital entsteht durch Beziehungen von Menschen und deren Engagement für die Gemeinschaft.

Die Wertschöpfung des ZuB liegt in der Vernetzung von Partnern, der Durchführung von PR-Aktivitäten und in der Moderation von Prozessen. Förderungen die nicht zu den Kernaufgaben des ZuB gehören sollten künftig vermieden werden.

Kampagnen werden über einen längeren Zeitraum mit verschiedenen Schwerpunkten geführt. Die Klimakampagne wurde im Jahr 2000 beendet und in das Förderkonzept „Vorarlberg 21“ umgestaltet. Aktuelle Kampagnen sind Lebenswert leben und Ehrenamt.

Die Fördermittel werden laufend den Schwerpunkten angepasst. Die Abwicklung der Projektförderungen für das Energieinstitut ist nicht zweckmäßig. Vereinzelt wurden in den letzten Jahren auch Aktivitäten gefördert, die nicht unmittelbar zu den Kernaufgaben des ZuB gehören.

Durch Pilotprojekte wie Unternehmen.V werden Entwicklungen eingeleitet. Die Vernetzung von Partnern und der Aufbau von tragfähigen Strukturen steht im Vordergrund.

Die organisatorische Eingliederung als Amtsstelle ist nur bedingt geeignet, um in einer Querschnittsfunktion erfolgreich agieren zu können. Zur Behandlung strategischer Themen fehlt eine geeignete Plattform.

Die Vernetzung mit der Landesverwaltung wird durch den fehlenden eigenen Fachbereich erschwert, obwohl in Projekten zusammengearbeitet wird. Eine strategische Plattform zur Auseinandersetzung mit den vernetzten Nachhaltigkeitsthemen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft sollte installiert werden.

Die Projektorganisation ermöglicht im ZuB eine flexible Aufgabenerledigung. Für die Abwicklung der Geschäftsprozesse ist ein Standard vorgegeben. Bei der Auswahl von externen Beratern sind die Vergabevorschriften des Landes einzuhalten.

Controllinginstrumente werden auf einem relativ hohen Niveau eingesetzt. Das Interne Kontrollsystem entspricht den Vorgaben der Landesverwaltung. Die Projektkosten sollten ermittelt werden.

Kenndaten des Büros für Zukunftsfragen

Unternehmensgegenstand Planung, Organisation, Durchführung und Evaluierung von bewusstseinsbildenden Kampagnen sowie Initiierung, Unterstützung, Förderung und dauerhafte Verankerung von innovativen Pilotprojekten

Gebarungsentwicklung

in Tausend €

	2000	2001	2002
Ausgaben			
- Personalaufwand (inkl Reisekosten)	244	223	238
- Förderungen	268	208	242
- Fremdleistungen für Kampagnen und Pilotprojekte	200	140	163
Einnahmen	15	12	19
Gebarungsabgang	697	559	624
Mitarbeiter gesamt	6	6	6

1. Büro für Zukunftsfragen im Überblick

1.1. Gründung

Das Büro für Zukunftsfragen (ZuB) ist durch eine Auslagerung des Umweltinformationsdienstes (UID) aus dem Umweltinstitut entstanden. Mit Wirkung 1. Dezember 1999 wurde die Geschäftseinteilung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung geändert.

Situation

Im Jahr 1992 hat das Umweltinstitut ein Konzept für die Einrichtung eines Umweltinformationsdienstes (UID) ausgearbeitet. Die Notwendigkeit dieser Stelle wurde damit begründet, dass häufig vernetzte Probleme sowie die politisch anspruchsvollen und technisch schwierigen Lösungen für den einzelnen Bürger immer schwerer durchschaubar sind. Eine sachliche Information wurde daher für notwendig erkannt, um die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Landesregierung zu stärken. Im Konzept findet sich auch ein Hinweis, dass die Umweltthematik zu wichtig ist, um deren Abhandlung in der Öffentlichkeit Dritten überlassen zu können.

Als wesentliche Aufgaben des UID sind Umwelt-Öffentlichkeitsarbeit, Umweltberichterstattung, Management/Koordination der Umweltberatung in den Gemeinden, Anlaufstelle für Umwelthanfragen („Bürgerservice“) und Umweltdaten (Umwelthinformationssystem) detaillierter beschrieben. Weiters sind im Konzept Angaben zum Personal, zur Ausstattung, zu den Räumen sowie zu den Kosten der Erstausrüstung und des laufenden Arbeitsbudgets angeführt.

Das Konzept enthält auch organisatorische Vorschläge, die in Zusammenhang mit der Positionierung des UID bewertet wurden. Als Alternativen standen die Einrichtung eines eigenen Aufgabenbereiches im Umweltinstitut und die Gründung einer Abteilung/Amtsstelle im Amt der Landesregierung zur Auswahl. Mit dem Hinweis auf die Vernetzung zu unterschiedlichen Fachabteilungen wurde die Bestellung einer UID-Kommission vorgeschlagen.

Die Landesregierung hat in ihrer 43. Sitzung vom 15. Dezember 1992 die Einrichtung des UID als Aufgabenbereich des Umweltinstitutes beschlossen.

Im Jahr 1999 wurde die Positionierung und die organisatorische Zuordnung des UID neuerlich thematisiert. Als Ergebnis hat die Landesregierung in ihrer 40. Sitzung am 30. November 1999 eine Reorganisation des UID beschlossen. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1999 wurde das ZuB als Amtsstelle in der Abteilung PrsR eingerichtet. Die Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung sowie das Statut des Umweltinstitutes wurden adaptiert.

Bewertung

In den Jahren 1993 bis 1999 haben sich die Schwerpunkte des UID geändert. Während ökologische Themen in den Hintergrund traten, gewannen Nachhaltigkeit und Zukunftsfragen an Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit vernetzten Aufgabenstellungen in den Politikfeldern Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft wurde zur Kernaufgabe. Durch die Veränderung der Inhalte war nach Ansicht des Landesrechnungshofes auch das Überdenken der Positionierung sowie der organisatorischen Eingliederung ein logischer Schritt.

Die Reorganisation hatte auch Konsequenzen für die Geschäftsverteilung der Landesregierung. Die Abteilung Regierungsdienste (PrsR) und deren Amtstellen sind direkt dem Landeshauptmann zugeordnet.

1.2. Strategische Ausrichtung

Grundstrategie ist die Auseinandersetzung mit interdisziplinären und zukunftssträchtigen Themen unter den Leitmotiven Nachhaltigkeit und Sozialkapital. Bewusstseinsbildung und die Mitgestaltung von Veränderungsprozessen bilden die Kernkompetenz.

Situation	Die Strategie des ZuB wurde in den Jahren 2000 und 2001 in internen Strategiepapieren festgehalten. Ein umfassender Businessplan wurde im Jänner 2003 erstellt.
Strategiepapier 2000	<p>Als Mission wurde die Beschäftigung mit ressortübergreifenden und zukunftssträchtigen Fragen festgelegt. Ziel ist es, Entwicklungen und Zusammenhänge aufzuspüren und einzuordnen und Informationen für die politischen Entscheidungsträger aufzuarbeiten. Weiters sollen diese Informationen an die Bevölkerung bzw einzelne Dialoggruppen so vermittelt werden, dass diese selbst in der Lage sind, Probleme zu erkennen, Strategien zu entwickeln und Lösungen umzusetzen.</p> <p>Als wesentliche Rollen des ZuB wurden die Recherche-, Strategie-, Berater-, Koordinierungs- und Vernetzungs- sowie Modell-Entwickler-Rolle definiert. Auch die Informations-, Kommunikations- und Motivations-Rolle wurden als wichtig erachtet. Für die einzelnen Rollen wurden ein Leitbild-Statement, strategische Schlüsselaufgaben und Jahresziele erarbeitet.</p>
Strategiepapier 2001	<p>Im Strategiepapier 2001 wurde die Mission weiter konkretisiert. Das ZuB unterstützt die Entwicklung einer Kultur der Nachhaltigkeit durch die Förderung bzw Initiierung von Lern- und Bewusstseinsbildungsprozessen. Das ZuB begleitet derartige Prozesse mit dem Ziel, eigeninitiatives und eigenverantwortliches Handeln zu stärken, Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen, vernetztes Denken und Selbstregulierung zu fördern und das Engagement der Bevölkerung zu unterstützen.</p> <p>Dementsprechend wurden als Strategien die Entwicklung von Kommunikationsstrategien, eigene Aktivitäten zur Information und Bewusstseinsbildung, Aufbau und Pflege von Kooperationen und Netzwerken sowie die Förderung der Motivation entwickelt. Zur Umsetzung der vier Strategien wurden Schwerpunktaktivitäten erarbeitet.</p>
Businessplan 2003	<p>Im Businessplan 2003 wurden wichtige Grundlagen des ZuB wie Kernaufgaben, Zielgruppen, Organisation und Personal sowie Budget festgelegt. Aufbauend auf der Grundstrategie erfolgte auch die Darstellung von Nutzenkomponenten für einzelne Zielgruppen wie Landesregierung, Gemeinden oder Unternehmen. Als strategische Ziele 2003 – 2007 wurden definiert:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Das ZuB hat sich – innerhalb und außerhalb der Verwaltung – als kompetente Anlaufstelle und unterstützender Partner bei zukunftsweisenden Pilotvorhaben etabliert.2. In der Mehrzahl von Veränderungsprozessen bei Gemeinden und Regionen wird nachhaltige Entwicklung als richtungsweisendes Prinzip angewendet.

3. Es ist gelungen, die treibenden Kräfte im Bereich nachhaltige Entwicklung im Rahmen einer gemeinsamen Plattform zu vernetzen.
4. Im Vergleich zu 2002 ist es bis 2007 gelungen, das Thema Sozialkapital im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und freiwilliges Engagement sowie die Kooperationsbereitschaft in der Bevölkerung zu stärken.

Für das Jahr 2003 sind die wichtigsten Ziele für einzelne Projekte wie Jugend vor den Vorhang, Verwaltung der Zukunft, Unternehmen.V, Brückenschlag und andere konkretisiert. Die strategische Stossrichtung im Strategiefeld Umwelt wurde mit „reduzieren“, jene in den Strategiefeldern Wirtschaft und Gesellschaft mit „ausbauen“ festgelegt.

Zur Kommunikation von Zweck und Strategie wird der Folder „Wir unterstützen nachhaltige Entwicklungsprozesse“ eingesetzt. Wesentliche Inhalte des Leitbildes wie Vision und Selbstverständnis sind übersichtlich dargestellt.

Bewertung

Aus den Strategiepapieren und dem Businessplan lassen sich die grundlegenden Aufgaben und die erforderliche Kernkompetenz des ZuB ableiten. Das ZuB verfügt über keinen eigenen Aufgabenbereich in der Landesverwaltung im klassischen Sinn. Vielmehr geht es darum, einzelne Aufgabenbereiche vernetzt zu betrachten, ein bedarfsgerechtes Marketing durchzuführen und als notwendig erachtete Prozesse zu managen. Der Landes-Rechnungshof erachtet es als notwendig, zukunfts gestaltende Themen auch in dieser Art und Weise zu bearbeiten.

In der Wirtschaft sind vergleichbare Einrichtungen mit Begriffen wie Think Tank oder Denkwerkstatt belegt. Die Schwierigkeit solcher Einrichtungen ist vielfach die Rechtfertigung ihres Daseins. Fragen von Fachabteilungen wie „Wozu gibt es euch überhaupt?“, „Welchen Beitrag leistet ihr zur Wertschöpfung?“ oder „Was passiert, wenn es euch nicht gibt?“, sind in der Praxis nicht einfach zu beantworten. Die Kommunikation nach innen und außen sowie die Unterstützung durch einen Machtpromotor sind die kritischen Erfolgsfaktoren.

Stellungnahme ZuB

Der Aufgabenbereich des ZuB berücksichtigt den Artikel 7 Abs 1 der Landesverfassung („Selbstverwaltung und Selbsthilfe der Landesbürger ist zu fördern.“) und kann folgendermaßen umrissen werden: „Die Arbeit des Zukunftsbüros besteht in der strategischen Planung und Umsetzung von interaktiven Kampagnen, die zu Selbstorganisation und Eigenaktivität anregen. Diese Arbeit ist besonders dort wirksam, wo ordnungspolitische Maßnahmen an ihre Grenzen stoßen, etwa wenn es um notwendige Verhaltensänderungen geht, für die es noch keine entsprechende Akzeptanz bzw noch kein ausreichendes Bewusstsein bei der anzusprechenden Zielgruppe gibt. Insofern stellt diese Arbeit eine wichtige Ergänzung zur Tätigkeit der verschiedenen anderen Fachabteilungen der Landesverwaltung dar.“ (Vgl. ZuB-Folder)

1.3. Budget

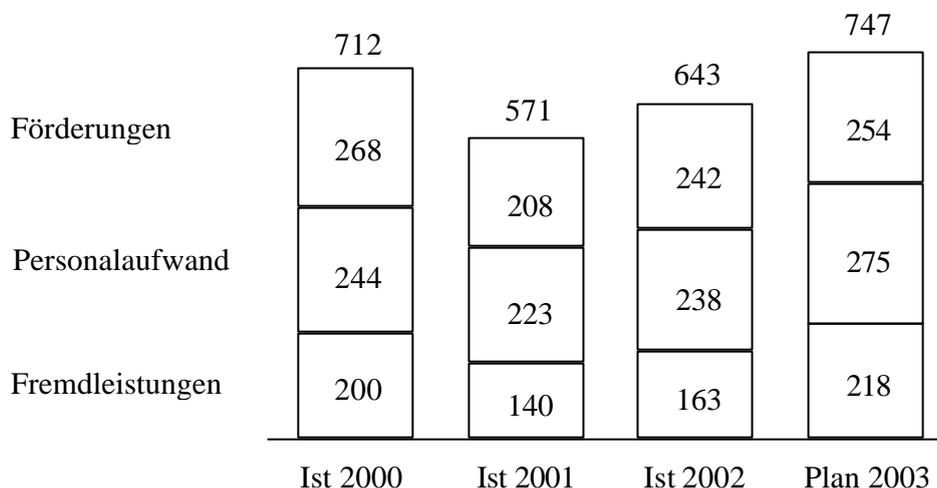
Die Flexibilität in den Projekten und Förderungen schlägt sich auch in den jährlichen Ausgaben nieder. Für das Jahr 2003 ist eine deutliche Erhöhung geplant. Das ZuB erzielt auch Einnahmen durch die Verrechnung von Leistungen an Dritte.

Situation

Im Jahr 2000 betrugten die gesamten Ausgaben des ZuB inklusive Personalkosten €712.600. Nach einer deutlichen Reduktion im Jahr 2001 auf € 571.200 stiegen die Ausgaben 2002 um rund 13 Prozent auf €643.500 an. Für das Jahr 2003 ist eine weitere Steigerung um rund 16 Prozent auf €747.500 geplant.

Ausgaben des ZuB in den Jahren 2000 bis 2003

In Tausend €



Quelle: VBK, Büro für Zukunftsfragen

Der anteilige Personalaufwand hat sich von 34 Prozent im Jahr 2000 auf 37 Prozent im Jahr 2002 erhöht. Demgegenüber blieben die Förderungen in den Jahren 2000 bis 2002 mit 38 Prozent konstant. Die Fremdleistungen wurden im Jahr 2001 deutlich reduziert und stiegen im Jahr 2002 wieder an.

Die geplanten Ausgaben 2003 sehen eine anteilige Reduktion bei den Förderungen und eine Erhöhung bei den Fremdleistungen vor. Der Personalaufwand bleibt mit 37 Prozent konstant.

Durch die Verrechnung von Leistungen konnten in den Jahren 2000 bis 2002 Einnahmen von €14.803, €12.197 und €18.643 erzielt werden. Für das Jahr 2003 sind Einnahmen in Höhe von €45.100 geplant.

Das ZuB bewirtschaftet derzeit zehn Voranschlagstellen für Ausgaben, von denen sechs Voranschlagstellen mit Beiträgen zu Aktionen, Aufträge für Dritte und Entgelte für sonstige Leistungen bezeichnet sind. Über die einzelnen Voranschlagstellen werden sowohl Fremdleistungen für Kampagnen und Projekte, als auch Förderungen abgewickelt. Der Anteil der Förderungen ist aus dem Rechnungsabschluss nicht ersichtlich. Auch erfolgt keine Unterteilung in Ausgaben für Kampagnen und Fremdleistungen für Projekte.

Bewertung

Das Budget des ZuB wird flexibel an die jährlichen Schwerpunkte angepasst. Mit der Ausweitung des Personalstandes auf sieben Mitarbeiter im Jahr 2003 sind auch höhere Personalkosten verbunden. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Fremdleistungen für 2003 um rund €55.000 bzw ein Drittel höher budgetiert. Unter der Kampagne Lebenswert leben wird ein Entwicklungskonzept für das Klostertal erstellt, für das € 50.000 vorgesehen sind.

Durch die derzeitige Bezeichnung der Voranschlagstellen sind die Förderungen für beispielsweise Ehrenamt oder kofinanzierte Projekte wie Biosphärenpark Großes Walsertal nicht transparent. Nach Ansicht des Landes-Rechnungshofes wäre eine Reduzierung der Voranschlagstellen bei gleichzeitiger Änderung der Bezeichnung einzelner Voranschlagstellen zweckmäßig. Das Budget des ZuB würde dadurch für den Landtag transparenter.

Empfehlung

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, die Anzahl und die Bezeichnung der Voranschlagstellen zu überprüfen.

Stellungnahme ZuB

Anlässlich der Erstellung des nächsten Landesvoranschlags wird ein entsprechender Vorschlag ausgearbeitet werden.

2. Geschäftsfelder

Das ZuB agiert unter den Leitmotiven Nachhaltigkeit und Sozialkapital. Nachhaltige Entwicklung wurde vom WCED im Jahr 1987 definiert als eine „Entwicklung, die es den heute lebenden Menschen ermöglicht, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, ohne die Entwicklungsmöglichkeiten für zukünftige Generationen zu schmälern.“ Das Konzept der Nachhaltigkeit wurde in Rio de Janeiro auf der UNCED-Konferenz 1992 als Selbstverpflichtung von 178 Staaten unterzeichnet. Der daraus resultierende Arbeitsplan – Agenda 21 – soll einen Bewusstseinswandel einleiten.

Sozialkapital entsteht aus der Summe der Beziehungen der Menschen zueinander und deren Engagement für die Gemeinschaft. Je mehr Menschen ehrenamtlich die Aufgaben der öffentlichen Hand mit tragen, desto höher ist das Sozialkapital. Ein hohes Sozialkapital ist die Antriebskraft für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region.

Die Leistungen des ZuB können in die drei Geschäftsfeldern Kampagnen, Förderungen und Pilotprojekte unterteilt werden.

2.1. Kampagnen

Kampagnen werden über einen längeren Zeitraum mit verschiedenen Schwerpunkten geführt. Die Wertschöpfung des ZuB liegt in der Vernetzung von Partnern, der Durchführung von PR-Aktivitäten und in der Moderation von Prozessen. Einzelne Kampagnen wurden bereits in Förderungen umgestaltet.

Situation

FAHR RAD-Kampagne

Als Beitrag zur Lösung der anstehenden Verkehrsprobleme führte das Land Vorarlberg gemeinsam mit zahlreichen Gemeinden und Betrieben in den Jahren 1993 – 1995 eine breit angelegte Kampagne zur Förderung des Radfahrens durch. Insgesamt 29 Gemeinden und 35 Betriebe beteiligten sich daran. Das ZuB – damals noch Umweltinformationsdienst – koordinierte die Kampagne und lieferte Werbematerialien und Unterlagen. Im Jahr 1996 wurde die Klimakampagne gestartet, welche unter anderem die Ziele der FAHR RAD-Kampagne weiterverfolgt.

In den letzten Jahren wurde die Kampagne vom ZuB nur noch punktuell beworben. Im Jahr 2000 wurde beispielsweise ein Fahrradhandbuch für Betriebe erstellt, das konkrete Aktionen und Maßnahmen in Vorarlberger Betrieben zur verstärkten Benützung des Fahrrades beschreibt. Weiters wurde eine Fahrrad-Aktion der Sportgemeinschaft der Landesbediensteten finanziell unterstützt. Diese Aufwendungen umfassten insgesamt €9.500. Im Jahr 2001 wurden noch Inserate in Höhe von €1.050 geschaltet.

Klima-Kampagne

Die Klima-Kampagne beruht auf der im Jahr 1992 von der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro verabschiedeten Agenda 21. Es umfasst ein langfristiges Handlungsprogramm für die Staatengemeinschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Grundgedanke ist die Ökologisierung der Gesellschaft und Wirtschaft durch Nachhaltige Entwicklung. In der öffentlichen Diskussion stand vor allem das Thema Klimaschutz im Vordergrund.

Die Klima-Kampagne Vorarlberg will die Bürger zu klimagerechtem Verhalten motivieren, um die Emissionen von klimarelevanten Gasen zu verringern. Die Kampagne startete im Jahr 1996 als Gemeinschaftsaktion von Land Vorarlberg und den Gemeinden in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Institutionen und Gruppierungen zB Umweltverband Vorarlberg oder Energieinstitut Vorarlberg.

Das ZuB bzw der UID bildete ein Koordinationsteam mit Vertretern der beteiligten Einrichtungen, das wiederum Arbeitskreise gründete. Themen der Arbeitskreise waren Energie, Mobilität, Ökologisch Haushalten und Entwicklungszusammenarbeit. Jeder dieser Arbeitskreise arbeitete Vorschläge für konkrete Aktionen aus, die zu einem Programm zusammengefasst wurden. Die beteiligten Gemeinden und Betriebe konnten dann aus diesem Programm die passenden Aktionen für ihren Bereich auswählen.

Eine Aktion war beispielsweise die „Klimadrehscheibe“, mit deren Hilfe sich jeder Bürger ausrechnen kann, welchen Beitrag sein individueller Lebensstil zu globalen Klimaproblemen leistet. Weiters wurde eine Erlebnis-Wanderausstellung entwickelt, die in Schulen das Thema Treibhauseffekt vermittelt. Eine zweite Wanderausstellung ist an Betriebe gerichtet und transportiert die Verkehrsproblematik. Gemeinsam mit dem Energieinstitut wurden Photovoltaik- und Kesseltauschaktionen forciert.

Im Jahr 2000 wurde die Klima-Kampagne als solches abgeschlossen. Unter dem Dachkonzept „Vorarlberg 21“ werden nun die aus der Kampagne entstandenen Einzelprojekte vom ZuB betreut und über Förderungen finanziell unterstützt.

Lebenswert leben

Die Initiative Lebenswert leben entstand aus der Vorarlberger Klima-Kampagne und hat zum Ziel, die Zusammenhänge zwischen Nähe, Versorgung und Lebensqualität in der Gemeinde bewusst zu machen. Das Modell wurde in Oberösterreich entwickelt und vom ZuB für Vorarlberg adaptiert. Das Grundprinzip dieses Ansatzes besteht darin, einen Selbstorganisationsprozess in der Gemeinde auszulösen. Die Bewohner werden dazu befähigt, selbst aktiv zu werden und sich in Fragen der Zukunftssicherung zu engagieren. Ausgehend von dieser Bewusstseinsbildung sollen konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Nahversorgungsstrukturen der einzelnen Gemeinden umgesetzt werden. Unter Nahversorgungsstrukturen werden neben Lebensmittelgeschäften auch Betriebe, Geschäfte, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Vereine und Gasthäuser verstanden, die wiederum Arbeitsplätze und Lehrstellen erhalten und schaffen.

Im Oktober 1997 startete die Kampagne Lebenswert leben mit vier Pilotgemeinden, inzwischen haben sich insgesamt 22 Vorarlberger Gemeinden beteiligt. Entscheidet sich eine Gemeinde zur Beteiligung an der Kampagne, entsteht dort ein Entwicklungsprozess über die Dauer von rund einem Jahr. Über mehrere Schritte bildet sich in der Gemeinde ein Kernteam, das konkrete Maßnahmen plant und durchführt. Der Prozess im Ort wird von ausgebildeten Projektcoaches begleitet.

Die Kosten für die Gemeinde bzw den Stadtteil liegen – je nach Einwohnerzahl und Umfang der Aktivitäten – in einem Bereich zwischen €7.000 und €12.000.

Für die Projektbegleitung und die Bewerbung der Kampagne wurden vom ZuB im Jahr 2000 Mittel in Höhe von €52.200 aufgewendet. Im Jahr 2001 lagen die Aufwendungen bei €2.200, im Jahr 2002 bei €200.

Ehrenamt

Das Jahr 2001 wurde von den Vereinten Nationen zum internationalen Jahr der Freiwilligen ausgerufen. Daraus entstand die Kampagne Ehrenamt mit dem Slogan „Ehrenamt bewegt – dich und uns“. Im Rahmen der Kampagne bietet das ZuB Services und Informationen für ehrenamtlich tätige Menschen in Vorarlberg.

Es wurde ein Hotline eingerichtet, die sich um sämtliche Anfragen zum Ehrenamt bemüht. Eine ausgearbeitete Broschüre enthält Informationen und Serviceangebote zum Thema Freiwilligenarbeit und Ehrenamt. Sie liefert weiters statistisches Material zum freiwilligen Engagement der Vorarlberger Bevölkerung, beschreibt Trends und Perspektiven und stellt konkrete zukunftsweisende Freiwilligenprojekte vor. Neben dem Vereins-handbuch aus dem Jahr 1998, stellt das Land Vorarlberg für € 250 ein Computerprogramm zur Verfügung, das die übersichtliche Organisation und Verwaltung eines Vereines erleichtert.

Für 2003 wurde bereits zum zweiten Mal der Ideenwettbewerb „kreativ-engagiert“ ausgeschrieben. Gesucht werden Vereine, Gemeinden, Schulen und Privatpersonen, die gute Ideen liefern, wie sie engagierte Menschen für ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeiten gewinnen.

Als weitere Maßnahme zur Unterstützung des Ehrenamtes, fördert das ZuB Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen der Vorarlberger Erwachsenenbildungseinrichtungen, die speziell für ehrenamtlich Tätige angeboten werden.

Im Jahr 2002 beauftragte das ZuB Herrn Dr Edwin Berndt vom Institut für Markt- und Meinungsforschung mit der Ausarbeitung einer Studie zum Thema Sozialkapital – Gesellschaft und Gemeinsinn in Vorarlberg. Laut dieser Studie entsteht Sozialkapital überall dort, wo Menschen zueinander in Beziehung treten (Familie, Freunde, Bekannte, Nachbarn, Arbeitskollegen, Vereinsmitglieder). Neben dem guten Gefühl in eine Gemeinschaft eingebettet zu sein, bringen soziale Beziehungen auch konkrete Vorteile für den Einzelnen und die ganze Gesellschaft. Das gilt beispielsweise, wenn Krankenpflegevereine, mobile Hilfsdienste, Kulturinitiativen oder Sportvereine mit ehrenamtlichen Mitarbeitern die Aufgaben der öffentlichen Hand mittragen.

Die Bedeutung des Sozialkapitals für die Gesellschaft wird vom ZuB auch in Form eines Vortrages vermittelt.

Die Kosten der Kampagne Ehrenamt belaufen sich im Jahr 2001 auf €70.900 und im Jahr 2002 auf €14.400. Für die Studie Sozialkapital – Gesellschaft und Gemein Sinn in Vorarlberg und deren Kurzfassung in Form einer Broschüre wurden im Jahr 2002 zusätzlich rund €12.900 ausgegeben.

Autofreier Tag

Der Autofreie Tag wurde Mitte der 90er Jahre als Einzelinitiative in Frankreich gestartet. Seit dem Jahr 2000 ernennt die Europäische Kommission jährlich den 22. September zum „Europaweiten Autofreien Tag“.

Das ZuB agiert als zentrale Anlaufstelle für den Autofreien Tag in Vorarlberg. Es koordiniert die Aktionen der teilnehmenden Gemeinden und stellt die notwendigen Informationen und Werbematerialien zur Verfügung. Darüber hinaus kümmern es sich um die Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Im Jahr 2002 beteiligten sich insgesamt 40 Prozent der Vorarlberger Gemeinden an der Aktion, österreichweit lag die Beteiligung im selben Jahr bei rund fünf Prozent.

Im Jahr 2000 wurden vom ZuB für die Bewerbung des Autofreien Tages insgesamt rund €14.100 aufgewendet, im Jahr 2001 €8.400 und im Jahr 2002 €12.200.

Bewertung

Die wesentlichen Kampagnen wie die Klima-Kampagne und Lebenswert leben wurden bereits vor der Gründung des ZuB im Umweltinstitut gestartet. In den Kampagnen wurden immer wieder neue Schwerpunkte gesetzt. Themen wie beispielsweise FAHR RAD wurden nach einer bestimmten Laufzeit beendet. Die Klima-Kampagne wurde im Jahr 2000 abgeschlossen, die Umwandlung in ein Förderprogramm mit der Bezeichnung Vorarlberg 21 ist erfolgt.

Lebenswert leben ist aus der Klima-Kampagne heraus entstanden und wird themenspezifisch weitergeführt. Für das Klostertal sind im Jahr 2003 ähnliche Aktivitäten wie beim Biosphärenpark Großes Walsertal geplant.

Positiv bewertet der Landes-Rechnungshof, dass nach der Konzeption und den PR-Aktivitäten ein Rückzug des ZuB erfolgt. Die Überführung in ein Förderprogramm reduziert den Ressourceneinsatz deutlich. Das Verrechnen von Beratungs- und Serviceleistungen an Dritte ist ebenfalls zweckmäßig.

Für den Landes-Rechnungshof ist zu hinterfragen, warum Kampagnen wie FAHR RAD oder Autofreier Tag nicht von der Fachabteilung betreut werden. Lebenswert leben ist stark auf Aktivitäten in den Gemeinden ausgerichtet. Dafür wurde auch der Fachbereich Gemeindeentwicklung im Amt der Landesregierung installiert. Begründet wird dies vom Leiter des ZuB einerseits mit dem Leitmotiv Nachhaltigkeit sowie dem damit verbundenen Know-how und andererseits mit der Ressourcensituation im Amt der Landesregierung.

Stellungnahme ZuB *Die erbrachte Wertschöpfung liegt vor allem in der Mobilisierung der menschlichen Ressourcen im Land, indem bei den anzusprechenden Zielgruppen Eigenverantwortung gestärkt und Eigenaktivitäten (im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe) angeregt werden.*

2.2. Förderungen

Die Fördermittel werden laufend den Schwerpunkten angepasst. Die Abwicklung der Projektförderungen für das Energieinstitut ist nicht zweckmäßig. Die Förderung von Aktivitäten, die nicht zu den Kernaufgaben des ZuB gehören, sollten künftig vermieden werden.

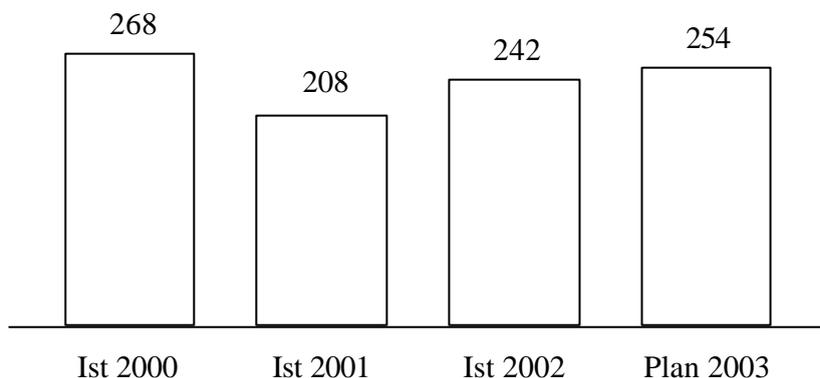
Situation

Das ZuB agiert in seinen laufenden Kampagnen und Projekten als Fördergeber für einzelne Programme und Aktionen von Vereinen, Einzelpersonen, Initiativen, Schulen oder Gemeinden.

In Summe wurden in den Jahren 2000 bis 2002 jährlich zwischen €208.000 und €268.000 an verschiedene Förderwerber übermittelt.

Förderungen in den Jahren 2000 bis 2003

In Tausend €



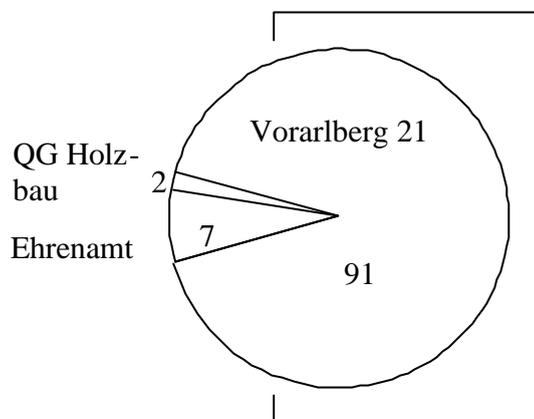
Quelle: VBK, Büro für Zukunftsfragen

Der Großteil der Förderungen wird unter dem Dachkonzept „Vorarlberg 21“ abgewickelt. Im Jahr 2002 waren dies beispielsweise rund 91 Prozent der gesamten Förderungen somit € 221.500. Der Bereich Ehrenamt umfasste im Jahr 2002 mit € 17.100 rund sieben Prozent der gesamten Fördersumme.

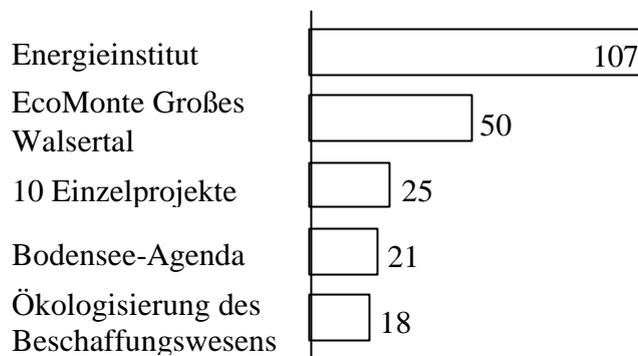
Förderungen im Jahr 2002 im Detail

In Prozent

100 Prozent = €242.100



In Tausend €



Quelle: VBK, Büro für Zukunftsfragen

Ehrenamt

Eine Maßnahme der Kampagne Ehrenamt, die seit 2001 aktiv über das ZuB betrieben wird, ist die Förderung von Weiterbildung für ehrenamtlich engagierte Menschen. Primär werden Weiterbildungsveranstaltungen gefördert, die sich explizit an die Zielgruppe „Ehrenamtliche“ bzw. „freiwillig Engagierte“ richtet, und dies aus dem Titel der Veranstaltung klar ersichtlich ist. Die Förderbeiträge gehen an die verschiedenen Vorarlberger Erwachsenenbildner, die die entsprechenden Angebote ausschreiben.

In den Jahren 2001 und 2002 wurden jeweils Fördermittel von insgesamt rund €17.000 an die Erwachsenenbildner übermittelt.

Vorarlberg 21

Vorarlberg 21 entstand aus der Klima-Kampagne Vorarlberg. Nachdem das Thema Klima in der öffentlichen Auseinandersetzung an Bedeutung verlor, verschob sich der Schwerpunkt in Richtung nachhaltige Entwicklung und Agenda 21. Daraus entstand das Dachkonzept „Vorarlberg 21“ welches vom ZuB koordiniert wird. Es umfasst richtungsweisende Programme und Initiativen, die Bereiche der nachhaltigen Entwicklung abdecken. Einzelne Bereiche sind beispielsweise Energiesektor, Naturschutz, soziale Gerechtigkeit, Generationen, Jugend, dynamischer Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt. Um die Bemühungen von Vereinen, Einzelpersonen, Initiativen, Schulen oder Gemeinden auf diesem Sektor zu unterstützen, wurde ein entsprechendes Förderprogramm entwickelt.

Energieinstitut Vorarlberg

In den Jahren 2000 bis 2002 wurden insgesamt fünf Projekte des Energieinstitutes im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit gefördert. Die gesamte Fördersumme veränderte sich in geringem Ausmaß von €106.800 im Jahr 2000 auf €107.400 im Jahr 2002. Die größten Projekte des Energieinstitutes waren Traumhaus Althaus, die Betreuung der e5 (energieeffizienten)-Gemeinden sowie die Sonnen-Schein- bzw. Photovoltaik-Kampagne.

Projekt „EcoMonte“
im Großen Walsertal

Die Europäische Kommission gewährt der Regionalplanungsgemeinschaft Großes Walsertal für das Projekt „EcoMonte – Integriertes Umweltmanagement zur nachhaltigen Entwicklung im Großen Walsertal“ in den Jahren 2001 bis 2004 Förderungen in der Höhe von € 504.200. In Anlehnung daran stimmte die Vorarlberger Landesregierung einer Kofinanzierung für den selben Zeitraum in der Höhe von insgesamt €180.000 zu.

Mit dieser Grundlage wurden im Jahr 2001 und 2002 durch das ZuB jeweils €50.000 an die Regionalplanungsgemeinschaft Großes Walsertal ausbezahlt.

Bodensee Agenda 21

Die Bodensee Agenda 21 versteht sich als Plattform und unterstützende Einrichtung für die im Bodenseeraum laufenden Agenda-Projekte. Sie versuchen die Zusammenarbeit zwischen den Projekten anzuregen und eine Vernetzungsinfrastruktur aufzubauen. Das ZuB ist in Vorarlberg die Regionale Anlaufstelle für die Bodensee Agenda 21.

Die Regionale Anlaufstelle hat die Aufgaben

- geplante und laufende Agenda-Projekte konkret zu unterstützen,
- Informationen über positive Beispiele zu sammeln, aufzubereiten und nach Bedarf an Dritte weiterzugeben
- die Bodensee Agenda 21 und die Inanspruchnahme der Regionalen Anlaufstellen aktiv zu bewerben und
- die eigene Arbeit und die Bildung einer gemeinsamen Identität aller Regionalen Anlaufstellen zu evaluieren.

Das ZuB übermittelt jährlich einen Kofinanzierungs- bzw Projektfinanzierungsbeitrag an die Geschäftsstelle der Bodensee Agenda 21 im Regierungspräsidium Tübingen. Im Jahr 2000 umfasste dieser Beitrag €13.500, im Jahr 2001 €17.500 und im Jahr 2002 €20.800.

Einzelprojekte

Unter der Fördermaßnahme Vorarlberg 21 wurden vom ZuB im Jahr 2002 insgesamt zehn verschiedene Einzelprojekte im Ausmaß von insgesamt €25.000 gefördert.

Der Umweltverband Vorarlberg erhielt im Jahr 2002 beispielsweise €18.200 für das Projekt „Ökologisierung des Beschaffungswesens“ welches vom ZuB bereits in den Vorjahren finanziell unterstützt wurde. Weitere Einzelförderungen gingen in Höhe von €7.500 an St. Arbogast für die Veranstaltung „Tag der Utopie“, €6.400 an den Umweltverband Vorarlberg für das Projekt „Marktplatz der Nachhaltigkeit“ sowie €4.200 an das Österreichische Institut für nachhaltige Entwicklung für den 7. Round Table Nachhaltiges Österreich.

Bewertung

Die Förderschwerpunkte variieren in den einzelnen Jahren. Die Fördermittel wurden von 2000 auf 2001 um rund 30 Prozent reduziert. Grund dafür war die relativ hohe Förderung der Sonderschau Schlaraffenländle auf der Dornbirner Messe im Jahr 2000.

Im Jahr 2000 wurden 85 Prozent der Fördermittel für drei Förderungen Energieinstitut (€ 106.800), Schlaraffenländle (€ 109.000) und Bodensee Agenda (€ 13.500) eingesetzt. Die restlichen € 39.000 wurden an mehrere Förderwerber vergeben.

Auch im Jahr 2001 wurden für drei Förderungen Energieinstitut (€ 102.300), EcoMonte (€ 50.000) und Bodensee Agenda (€ 17.500) über 80 Prozent der Fördermittel eingesetzt. Für das Jahr 2002 wurden die Fördermittel um 15 Prozent erhöht.

Positiv bewertet der Landes-Rechnungshof die Umstellung der Förderungen für Ehrenamt. Im Jahr 2001 wurden 70 Prozent der Förderungen an die Volkshochschulen vergeben, die Bildungsinhalte waren - wie beispielsweise PC-Kurse für Ehrenamtliche - eher allgemein. Seit 2002 werden vor allem Weiterbildungseinrichtungen gefördert, deren Programm einen starken Zielgruppenfokus aufweist. Förderungen unter dem Titel Ehrenamt sind teilweise schwer abgrenzbar. Der Mitnahmeeffekt erscheint beispielsweise bei der Förderung der Bildungsaktivitäten der Diözese im Jahr 2001 mit € 5.200 oder bei zwei Kundenveranstaltungen einer Regionalbank im Jahr 2002 mit gesamt € 900 relativ hoch.

Kritisch betrachtet der Landes-Rechnungshof die Vergabe von Förderungen, die nicht unmittelbar zum Kerngeschäft des ZuB gehören. So wurden beispielsweise in den Jahren 2001 und 2002 der Neujahrsempfang 2001 der Stadt Feldkirch mit € 2.900, je ein Seminar der Qualitätsgemeinschaft Holzbau mit gesamt € 6.300 oder die 4. Alpgespräche mit € 700 gefördert. Weiters wurden Projekte wie Umweltfreundliche Gemeinschaftsverpflegung in der Regio Bodensee mit € 1.500 oder Nachhaltige Wasserwirtschaft und Verkehr mit € 2.500 durch Förderungen unterstützt.

Der Landes-Rechnungshof erachtet auch die Abwicklung von Projektförderungen für das Energieinstitut als nicht zweckmäßig, da die Basisförderung durch die Abteilung Wirtschaftsangelegenheiten (VIa) erfolgt. Diese verfügt über einen besseren Überblick über die vom ZuB geförderten Projekte.

Empfehlung

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, die Zweckmäßigkeit von Förderungen und die Zuständigkeit als Fördergeber konsequenter zu prüfen.

Weiters empfiehlt der Landes-Rechnungshof, die Projektförderung für das Energieinstitut an die Abteilung Wirtschaftsangelegenheiten (VIa) zu übertragen.

Stellungnahme ZuB *Die Kriterien der Förderungsvergabe wurden in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt und sind darauf angelegt, die Mittel möglichst sparsam und zielgerichtet einzusetzen. Die Empfehlung des Landes-Rechnungshofes, die Zweckmäßigkeit von Förderungen und die Zuständigkeit als Fördergeber konsequenter zu prüfen, wird aufgenommen und bei der künftigen Vergabe von Fördermitteln berücksichtigt werden.*

Auf Grund der Anregung des Landes-Rechnungshofes wurde veranlasst, dass bereits ab dem heurigen Jahr alle Förderungen für das Energieinstitut über die Wirtschaftsabteilung laufen.

2.3. Pilotprojekte

Durch Pilotprojekte sollen Entwicklungen eingeleitet werden. Die Vernetzung von Partnern und der Aufbau von tragfähigen Strukturen steht im Vordergrund. Nach der Startphase reduziert das ZuB teilweise seine Aktivitäten auf die Förderung dieser Projekte.

Situation Das ZuB hat in den letzten Jahren zahlreiche Projekte mit unterschiedlichen Partnern initiiert. Ziel ist es, nach der Konzeption und der Aufbauarbeit die Projekte in eine eigene Trägerstruktur überzuführen.

Unternehmen.V Das Projekt Unternehmen.V besteht seit Ende 2002. Anregung für die Initiative war wiederum die Agenda 21 als Abschlussdokument der UN-Konferenz in Rio, welches die Umsetzung des Konzeptes einer nachhaltigen Entwicklung anregt.

Die Agenda 21 erwähnt unter anderem, dass die Gemeinde als Bindeglied zwischen Bürger und Staat eine der wichtigsten Umsetzungsebenen für die nachhaltige Entwicklung darstellt. Aufgrund dessen bietet die Initiative Unternehmen.V eine Internet-Plattform für Akteure, die sich für nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene einsetzen. Ein Nachhaltigkeitsraster veranschaulicht die Ausprägung der Projekte von Gemeinden in den vier Nachhaltigkeitsbereichen Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Globale Verantwortung. Mittels eines ausgeklügelten Schlüssels können Gemeinden ihre Projekte selbst auf ihre Nachhaltigkeitstauglichkeit hin überprüfen und die eigenen Schwerpunkte und Schwächen herausfinden.

Ziel ist es, die verschiedenen Tätigkeiten der Kommunen unter dem gemeinsamen thematischen Dach „Nachhaltige Entwicklung“ einzuordnen. Das ermöglicht eine bessere Abstimmung der Angebote und Programme untereinander und regt die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden an. Weiters beinhaltet die Initiative Unternehmen.V aktive Unterstützung und Hilfestellung für Gemeinden sowie verstärkte Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Festlegung eines gemeinsamen Mindeststandards zur Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung wird angestrebt.

Neben dem Land Vorarlberg sind der Vorarlberger Umweltverband, der Verkehrsverbund Vorarlberg, das Energieinstitut Vorarlberg und die Südwind Agentur Vorarlberg in die Initiative Unternehmen.V involviert.

Für die Entwicklung und die Bewerbung der Initiative wurden im Jahr 2002 insgesamt rund €49.600 ausgegeben.

Biosphärenpark Großes Walsertal

Das Große Walsertal wurde von der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) im November 2000 zum Biosphärenreservat ernannt. Biosphärenreservate sollen gelebte Modelle sein, wie Menschen ressourcenschonend und nachhaltig wirtschaften und leben können. Im Mittelpunkt steht nicht der Schutz und die Bewahrung von Naturbeständen, sondern es soll eine nachhaltige Entwicklung und Neuerung ohne Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen geschaffen werden.

Um ein anerkanntes Biosphärenreservat zu werden, sind gewisse Kriterien und Funktionen zu erfüllen, die von der UNESCO überprüft werden. Die Vorarlberger Landesregierung fand es außerdem sinnvoll, die Kategorie „Biosphärenpark“ in das Gesetz für Naturschutz und Landschaftspflege einzuführen. Regionen, die sich für eine nachhaltige Regionalentwicklung entscheiden, gewisse Bedingungen erfüllen und sich um die internationale Anerkennung durch die UNESCO bemühen, können somit von der Vorarlberger Landesregierung als Biosphärenpark ausgewiesen werden.

Als Funktion eines Biosphärenparks wird der Schutz von Landschaften, Ökosystemen, Arten und genetischen Variationen sowie die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung genannt. Außerdem sollen Biosphärenreservate durch das weltweite Netz an anerkannten Gebieten bevorzugte Orte für Umweltforschung, -beobachtung und -bildung sein.

Als Grundlage für konkrete Umsetzungsmaßnahmen im Großen Walsertal erarbeiteten die Bewohner der Talschaft ein eigenes Leitbild.

Initiatoren des Projektes Biosphärenpark Großes Walsertal waren, neben dem ZuB, die Regionalplanungsgemeinschaft Großes Walsertal, die sechs Gemeinden des Großen Walsertales, die Abteilung Umweltschutz (IVe) und die Bezirkshauptmannschaft Bludenz.

In der Entwicklungs- und Aufbauphase entstanden im Jahr 2000 für das ZuB Aufwendungen in der Höhe von €69.900.

Brückenschlag –
Lernwelt „Wirtschaft
und Gesellschaft“

Das vom ZuB ins Leben gerufene Pilotprojekt Brückenschlag ist ein Versuch, einen Aspekt des Prinzips der „Corporate Social Responsibility“ (CSR) praktisch umzusetzen. CSR ist ein Konzept der Europäischen Kommission, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehung mit den Stakeholdern zu integrieren. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass verantwortliches Verhalten zu nachhaltigem Unternehmenserfolg führt.

Das ZuB initiierte das Projekt gemeinsam mit Vertretern aus der Wirtschaft und dem Sozialbereich unter dem Slogan „Brückenschlag – Lernwelt Wirtschaft und Gesellschaft“. Ziel ist es, Fach- und Führungskräften von Vorarlberger Unternehmen Lernsituationen in Sozialeinrichtungen zu ermöglichen und damit deren soziale Kompetenz zu steigern. Neun Personen aus unterschiedlichen Wirtschaftsunternehmen verbrachten im Jahr 2002 jeweils 6,5 Tage inklusive Vorbereitung und Reflexion in unterschiedlichen Sozialeinrichtungen des Landes.

Nachdem der Pilotversuch den Erwartungen entsprach, wird nun ange-dacht für Sozialeinrichtungen Lernfelder aus der Wirtschaft anzubieten.

Die im Jahr 2002 entstandenen Kosten liegen bei €18.600.

Naturerlebniswochen

Aus Sicht des ZuB spielt die Schule eine zentrale Rolle bei der Förderung ökologischen Denkens und Handelns sowie bei der breiten und langfristigen Verankerung von Umweltthemen. Darauf basierend entwickelte das ZuB drei verschiedene Naturerlebniswochen für Schüler.

Abenteuer Natur

Das Projekt Abenteuer Natur wurde 1995 vom damaligen UID entwickelt und beruht auf den Grundprinzipien, der in den 70er Jahren entstandenen Umwelterziehung.

Das Angebot Abenteuer Natur bietet Naturerlebniswochen für Schüler der 3. bis 7. Schulstufe an. Ausgebildete Umwelt- und Spielpädagogen gestalten zusammen mit Lehrern und Kindern das Programm der Woche. Der Inhalt umfasst Natur- und Sinneserfahrungsspiele, kreative Techniken, Theater und Rollenspiele, Basteln, Geschichten, Phantasiereisen, Tanz- und Singspiele, die sich erfahrungsgemäß sehr positiv auf den Zusammenhalt der Klasse auswirken. Das Angebot wird in Kooperation mit dem Institut für Angewandte Umwelterziehung in Steyr (OÖ) und dem Bildungshaus St. Arbogast angeboten. Die Projektwochen werden von den Schulen gut angenommen, die angebotenen Termine sind generell ausgebucht.

Abenteuer Bauernhof

Abenteuer Bauernhof wurde vom ZuB zusammen mit der Landwirtschaftskammer Vorarlberg initiiert. Das Projekt bietet Projektstage und -wochen für Schüler der 2. bis 7. Schulstufe auf acht verschiedenen Bauernhöfen in Vorarlberg an. Die Bäuerinnen und Bauern und eigens dafür ausgebildete Betreuer erarbeiten das Programm und übernehmen die inhaltliche Projektleitung. Statt nur theoretische Fakten zu lernen, können die Schüler auf diese Weise das Leben auf dem Bauernhof mit allen Sinnen erfassen zB Pflanzen und Tiere betreuen oder Produkte des Hofes kosten.

Abenteuer Biosphärenpark

Die Erlebniswochen und -tage Abenteuer Biosphärenpark sind eine der Umsetzungsmaßnahmen aus dem Leitbild der Talbewohner des Großen Walsertales, welches im Rahmen des Projektes Biosphärenpark Großes Walsertal erarbeitet wurde.

Das Angebot enthält ein- und mehrtägige Natur-Erlebnis-Veranstaltungen im Großen Walsertal, die von ausgebildeten Betreuern geleitet werden. Die Zielgruppe umfasst Schulklassen, Familien, Gäste und Einheimische. Durch die Erlebniswochen bzw -tage sollen den Teilnehmern die besonderen und „alltäglichen“ Natur- und Kulturschätze des Großen Walsertales hautnah spür- und erlebbar werden.

Die beschriebenen Naturerlebniswochen werden von Schulen und Gruppen gerne angenommen, die Angebote Abenteuer Natur und Abenteuer Biosphärenpark sind deshalb immer ausgebucht.

Für die drei Naturerlebniswochen Abenteuer Natur, Abenteuer Bauernhof und Abenteuer Biosphärenpark fallen für das ZuB Kosten für die Aus- und Fortbildung der Betreuer und für die Anschaffung diverser Unterlagen und Materialien an. Die Betreuung und Koordination der einzelnen Projekte wurde an Externe ausgelagert, das Bildungshaus St. Arbogast beispielsweise organisiert die Abenteuer Natur-Wochen und stellt den Aufwand einmal jährlich dem ZuB in Rechnung. Im Jahr 2000 wurden Mittel in der Höhe von €9.000, im Jahr 2001 von €11.700 und im Jahr 2002 insgesamt €11.600 ausgegeben.

Zukunft Vorarlberg

Die Aktion „Zukunft Vorarlberg - Wege zur Lebensqualität“ ist eine gemeinsame Aktion der Vorarlberger Erwachsenenbildung und entstand aus einem der Arbeitskreise der Klima-Kampagne Vorarlberg.

Zielsetzung ist eine zukunftsfähige Bildungsarbeit, die den Menschen für die Anforderungen der Zukunft „fit“ macht. Sie orientiert sich an den Prinzipien Ganzheitlichkeit, Kooperationslösungen, Selbstregulation und Bewusstseinsbildung. Die Erwachsenenbildungsinstitutionen des Landes verstehen sich als Wegbereiter für den Kurswechsel in der Gesellschaft.

Die verschiedenen Bildungsinstitutionen bringen einzelne Veranstaltungen in ein gemeinsames Bildungsprogramm ein, welches verschiedene Zielgruppen anspricht. Eine begleitende Rahmenbewerbung über laufende Aktivitäten und Schwerpunktthemen und das gemeinsame Erscheinungsbild soll die Aktion nach außen transportieren.

Im Jahr 2000 wurden für das gemeinsame Bildungsprogramm und eine Auftaktveranstaltung vom ZuB insgesamt €27.100 aufgewendet. Für die selben Aufwendungen betragen die Kosten im Jahr 2001 €23.100.

Jugend vor den Vorhang

Unter dem Motto Jugend vor den Vorhang präsentiert der Landeshauptmann der Öffentlichkeit zu verschiedenen Anlässen eine Reihe von Jugendprojekten. Das Projekt soll zeigen, wie viele Jugendliche in Vorarlberg aus eigenen Stücken aktiv werden und vieles bewegen. Die Jugendgruppen werden aufgerufen, sich im ZuB zu melden, wo dann die entsprechenden Veranstaltungen mit Projektpräsentationen der Jugendlichen geplant und organisiert werden.

Präsentierte Projekte sind beispielsweise ein Theaterprojekt der Jugendtheatergruppe des Spielkreises Götzis oder ein Jugend Work-Camp im Kosovo. Im Dezember 2002 fand die erste Präsentation statt, für 2003 sind weitere Termine geplant.

Bewertung

Pilotprojekte wurden in den letzten zwei Jahren vor allem unter den Leitmotiven Nachhaltigkeit und Soziale Verantwortung initiiert. Die Projekte erfordern entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen. Dementsprechend wird auch die Kooperation und Vernetzung mit möglichst vielen Partnern wie Gemeinden oder Unternehmen angestrebt. Vielfach wird bereits im Konzept die Exit-Strategie festgelegt.

Der Landes-Rechnungshof erachtet die Übergabe der Projekte an eigene Trägerstrukturen als zweckmäßig. Beispielsweise wurden für die Pilotprojekte Naturerlebniswochen die Landwirtschaftskammer bzw das Bildungshaus St. Arbogast und für den Biosphärenpark die Regio Großes Walsertal als Träger gewonnen. Auch die Internetplattform Unternehmen.V soll mittelfristig mit reduziertem Ressourceneinsatz des ZuB weiterbestehen.

3. Organisation

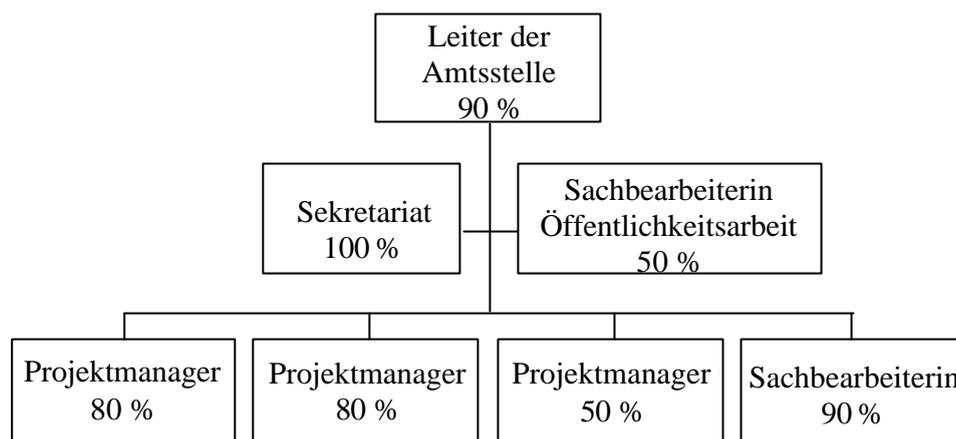
3.1. Aufbauorganisation

Die Projektorganisation ermöglicht eine flexible Aufgabenerledigung. Alternativen der organisatorischen Eingliederung des ZuB und die Installierung einer strategischen Plattform sollten geprüft werden.

Situation

In das Amt der Vorarlberger Landesregierung ist das ZuB als Amtsstelle der Abteilung PrsR eingegliedert. Der Leiter berichtet direkt dem Landeshauptmann, in dessen Verantwortungsbereich das ZuB auf Grund der Geschäftsverteilung fällt. Die Abteilung PrsR unterstützt im Bedarfsfall das ZuB in der Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen.

Organigramm des Büros für Zukunftsfragen



Stand Stichtag 17.04.2003: 7 Mitarbeiter – 5,4 Dienstposten
Quelle: Büro für Zukunftsfragen

Das ZuB verfügt über eine flexible Projektorganisation. Die Projekte liegen im Verantwortungsbereich einzelner Projektmanager.

Schnittstellen

Unter dem Leitmotiv Nachhaltigkeit werden vom ZuB die Politikfelder Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft vernetzt betrachtet. Dementsprechend gibt es Schnittstellen in die Abteilungen Umweltschutz (IVe), Gesellschaft und Soziales (IVa) und Wirtschaftsangelegenheiten (VIa).

Eine besondere Schnittstelle besteht auch zur Abteilung Raumplanung und Baurecht (VIIa), in der der Fachbereich Gemeindeentwicklung angesiedelt ist. Im Jahr 2002 wurde eine Aufgabenabgrenzung zwischen dem ZuB und der Abteilung VIIa vereinbart. Die Abteilung VIIa konzentriert sich auf die Kernaufgaben

- Fachliche Mitwirkung an der Erstellung und Fortschreibung räumlicher Entwicklungskonzepte oder raumwirksamer Planungen
- Förderung von Projekten auf Grundlage der Empfehlungen der „Arbeitsgruppe für Gemeindeentwicklung“
- Herausgabe der Zeitschrift VORUM

Die Vereinbarung enthält den Hinweis auf das „Konzept der Gemeindeentwicklung in Vorarlberg“ sowie die Feststellung, dass in den letzten Jahren ein umfassendes Serviceangebot für die Gemeinden aufgebaut wurde. Zudem werden heute die Instrumente und Programme weitgehend von den jeweils zuständigen Verwaltungsabteilungen und Institutionen betreut.

Dem ZuB wird eine zentrale Rolle in der Koordination und Vernetzung von kommunalen Entwicklungsinitiativen zugestanden. Die Rolle des ZuB und seine Kernkompetenzen sind allerdings nach Auffassung der Abteilungsleiter nicht ausreichend geklärt.

Bewertung

Die flexible Projektorganisation unterstützt die Aufgabenerledigung des ZuB in geeigneter Form. Die Projektmanager sind erfahren und verfügen über unterschiedliche Kompetenzfelder.

Die organisatorische Eingliederung als Amtsstelle bei der Abteilung Regierungsdienste (PrsR) ist nach Ansicht des Landes-Rechnungshofes nur bedingt geeignet, um in einer Querschnittsfunktion erfolgreich agieren zu können. Das ZuB ist in Relation zu den Fachabteilungen stark von der Unterstützung durch einen Machtpromotor abhängig.

Die operative Vernetzung von Fachaufgaben erfolgt in der Praxis der Landesverwaltung vielfach in Form von Projekten. Eine rollierende Planung in vernetzten Politikfeldern und die Konkretisierung in einer mehrjährigen Aufgabenplanung für die betroffenen Fachbereiche ist in der Praxis mit systemimmanenten Schwierigkeiten behaftet.

Die Vernetzung von Politikfeldern in einer Art Strategiegremium wäre daher nach Ansicht des Landes-Rechnungshofes zweckmäßig. Die UID-Kommission ist – als Vorläufer eines derartigen Gremiums – mangels klarer Aufgaben- und Kompetenzverteilung jedenfalls gescheitert.

Empfehlung

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, organisatorische Alternativen zur Eingliederung des ZuB in der Landesverwaltung zu prüfen.

Weiters empfiehlt der Landes-Rechnungshof ein Strategiegremium zur vernetzten Betrachtung von Politikfeldern unter dem Leitmotiv Nachhaltigkeit einzurichten.

Stellungnahme ZuB

Der Landes-Rechnungshof schreibt selbst auf Seite 10, 4. Absatz des Prüfberichtes, dass sich aus den Strategiepapieren und aus dem Businessplan die grundlegenden Aufgaben und Kernkompetenzen des ZuB ableiten. Die Kommunikation mit den Abteilungsleitern soll weiter gestärkt werden.

Die Zuordnung zum Ressort Landeshauptmann und zur Abteilung Regierungsdienste wird für richtig angesehen; dies gilt auch für die Organisation als Amtsstelle.

Zur Verstärkung der Koordination und Kooperation in der Landesverwaltung sollen

- *das Jahresarbeitsprogramm des ZuB der Regierung vorgelegt werden,*
- *anlässlich einer Besprechung der Abteilungs- und Dienststellenleiter das jeweilige Jahresarbeitsprogramm präsentiert werden,*

beim Start von Projekten und periodisch vom Vorstand der Abteilung Regierungsdienste geleitete Koordinationsbesprechungen mit den berührten Abteilungen und Dienststellen durchgeführt werden.

3.2. Geschäftsprozesse

Für die Abwicklung der Geschäftsprozesse ist ein Standard vorgegeben. Vorgehen und Ergebnisse sind ausreichend dokumentiert. Bei der Auswahl externer Berater sollten die Vergabevorschriften des Landes eingehalten werden.

Situation

Die Kernprozesse des ZuB sind Produktentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Förderungen und Beratung.

Produktentwicklung

Die Produktentwicklung läuft in der Regel in den Phasen Impulse, Konzept, Verbreiterung und Evaluierung ab. Impulse resultieren entweder aus übergeordneten Konzepten wie Konferenzen in Rio oder Kyoto oder stammen aus Gesprächen mit verschiedensten Meinungsbildnern. In der nächsten Phase werden ein Konzept erstellt, Partner gesucht und die Finanzierung geklärt. In der wichtigen Phase der Verbreiterung werden konkrete Projekte umgesetzt. In der letzten Phase der Evaluierung wird auf Basis von im Konzept definierten Indikatoren der Erfolg gemessen. In dieser Phase können aus Pilotprojekten heraus weitere Projekte definiert und umgesetzt werden.

Die Produktentwicklung erfolgt vielfach im Team. Für Konzept und Umsetzung hat ein Projektmanager die Prozessverantwortung.

Öffentlichkeitsarbeit

In der Öffentlichkeitsarbeit werden traditionelle Instrumente wie Inserate, Folder und Veranstaltungen eingesetzt. Im Bereich Design und Graphik wird mit Werbeagenturen aus Vorarlberg zusammengearbeitet. Der Druck von Werbematerial wird überwiegend durch eine Druckerei abgewickelt, die teilweise von den Werbeagenturen beauftragt wird.

Das ZuB wählt die Werbeagentur nach definierten Anforderungskriterien (Shortlist) aus, die für jedes Projekt eigens festgelegt werden. Von der ausgewählten Werbeagentur wird ein Angebot eingeholt. Im Zuge von größeren Projekten wie Biosphärenpark Großes Walsertal erfolgt eine Ausschreibung der Graphikleistungen. Der Bestbieter wird beauftragt und in die Shortlist für neue Projekte aufgenommen. Auf Grund der unterschiedlichen Anforderungen und der Höhe der Auftragsvolumina werden weder jede Kampagne noch der jährliche Werbeetat ausgeschrieben.

- Förderungen** Für Nachhaltigkeitsprojekte, Ehrenamt und für die Öko-Schullandwochen wurde ein Förderleitfaden ausgearbeitet. Die Förderungen werden als klassische Förderprozesse – Antragstellung, Prüfung, Genehmigung, Abrechnung, Kontrolle – abgewickelt. Die Abrechnung ist bei einer Mitarbeiterin für sämtliche Förderungen gebündelt. Die Prüfung der widmungsgemäßen Verwendung erfolgt nach formalen und nach inhaltlichen Kriterien.
- Beratung** Der Kernprozess Beratung zerfällt in leistungsbezogene Teilprozesse. Unterschiedliche Beratungsleistungen wie Konzepte ausarbeiten, Prozesse moderieren, Projekte managen oder Partner vernetzen werden nach einheitlichen Kriterien abgewickelt und kontrolliert.
- Teilweise wird in Projekten wie Brückenschlag – Lernwelt Wirtschaft und Gesellschaft auch mit externen Beratern zusammengearbeitet. Der ausgewählte Berater wird auf Basis seines Angebotes beauftragt. Die Beratungsleistungen werden nicht ausgeschrieben. Es werden auch nicht drei Angebote als Grundlage für ein Verhandlungsverfahren eingeholt.
- Bewertung** Die Kernprozesse im ZuB sind stabil und werden für die einzelnen Projekte nach dem gleichen Muster abgewickelt. Kontrollen sind in den Prozessen festgelegt, deren Einhaltung wird auch kontrolliert. Die Dokumentation der Projekte ist ausreichend. Zur Sicherung der Qualität und der Ergebnisse in den Prozessen sowie zur Optimierung der Führung wurde im Jahr 2002 ein EFQM-Projekt gestartet. Dieses Qualitätsprojekt wird durch einen externen Berater begleitet.
- Bei der Beauftragung von externen Beratern sollten nach Ansicht des Landes-Rechnungshofes die Vergabevorschriften des Landes eingehalten werden. Auf Grund des Honorarvolumens der Beratungsleistungen sind nach den Vergabevorschriften des Landes drei Angebote einzuholen. Die Vertrautheit des Beraters mit der Landesverwaltung ist noch kein ausreichendes Kriterium für den Bestbieter. Ein Tagsatz von € 1.800 zuzüglich MWSt erscheint dem Landes-Rechnungshof für eine reine Coachingleistung als zu hoch. Dies auch deshalb, da derselbe Berater für die Begleitung des Projektes Brückenschlag den Tagsatz mit € 1.500 zuzüglich MWSt angeboten hat.
- Empfehlung** Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, bei der Auswahl von externen Beratern die Vergabevorschriften des Landes einzuhalten.
- Stellungnahme ZuB** *Die Anregung des Landes-Rechnungshofes wird bei künftigen Aufträgen Berücksichtigung finden.*
- Der Tagsatz von € 1.800,- liegt unter dem von diesem Berater üblicherweise verrechneten Tagsatz. Die Leistung dieses Beraters ging über die normale Coachingleistung hinaus. Er erbrachte für das ZuB auch wertvolle Leistungen mit seinen Kenntnissen aus dem Non-Profit-Bereich und aus dem Bereich Wirtschaft.*

Kommentar L-RH Auf Basis der Projektdokumentation hat der Berater keine eigene Expertisenarbeit geleistet. Der Berater wurde auch nicht auf Grundlage einer Ausschreibung ausgewählt. Das Einbringen von Kenntnissen und Projekterfahrungen des Beraters in Profit- und Non-Profit-Organisationen erachtet der Landes-Rechnungshof daher als Voraussetzung und nicht als besondere Qualifikation für eine Auftragserteilung. Nicht der individuelle Tagsatz sollte als Richtlinie gelten, sondern der marktübliche Tagsatz für vergleichbare Beratungsleistungen.

3.3. Controlling und Internes Kontrollsystem

Controllinginstrumente werden auf einem relativ hohen Niveau eingesetzt. Das Interne Kontrollsystem entspricht den Vorgaben der Landesverwaltung. Die Projektkosten sollten ermittelt werden.

Situation Die Geschäftsrisiken im ZuB sind weitgehend mit der Auswahl und der Effektivität der Kampagnen und Projekte verbunden. Dementsprechend ist der optimale Einsatz der personellen und finanziellen Ressourcen von großer Bedeutung.

Controlling Grundlage für die Steuerung der personellen Kapazität und der Ergebnisse ist das jährliche Arbeitsprogramm. In den Strategiefeldern – Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft, Kooperation/Koordination/Vernetzung und Meta-Information werden die Aktivitäten definiert. Für die wichtigsten Projekte im Jahr 2003 wurden Jahresziele, Maßnahmen, Verantwortung und Termine festgelegt. Als Basis für die Überprüfung des Erfolges sind für diese Projekte auch Indikatoren und Sollzustände definiert.

In der wöchentlichen Mitarbeiterbesprechung erfolgt ein Statusreport über die Projekte und ein Austausch über die geplanten Aktivitäten. Das ZuB erstellt auch einen Monatsreport. Nach einem einheitlichen Schema werden die Aktivitäten und Ergebnisse festgehalten.

Das ZuB verfügt auch über eine mehrjährige Budgetplanung für jedes Geschäftsfeld. Bereits bekannte Projekte sind bis 2005 budgetiert. Das Finanzcontrolling wird vom Leiter in einem laufenden Soll-Ist-Vergleich durchgeführt. Neben den Auswertungen der VBK wird auch ein Budgetplan geführt, in dem die bereits disponierten Mittel beim verfügbaren Kreditstand berücksichtigt sind.

Internes Kontrollsystem Das Interne Kontrollsystem ist weitgehend durch die Vorgaben der Landesverwaltung bestimmt. Die besonderen Richtlinien des Zahlungsverkehrs für das ZuB liegen vor. Das Vier-Augenprinzip wird eingehalten.

Bewertung Wesentliche Controllinginstrumente wie Budget und Soll-Ist-Vergleich werden nach Auffassung des Landes-Rechnungshofes auf hohem Niveau eingesetzt. Für die Ermittlung der Gesamtkosten einzelner Projekte fehlen allerdings die geleisteten Projektzeiten der Mitarbeiter. Da auch Leistungen an Dritte verrechnet werden, erachtet der Landes-Rechnungshof die Erfassung von Projektzeiten als notwendig. Die Weiterentwicklung der Kosten/Leistungsrechnung des Landes wäre zweckmäßig.

Das erforderliche Kontrollbewusstsein ist nach Prüfung durch den Landes-Rechnungshof sowohl beim Leiter, als auch bei den Mitarbeitern gut ausgeprägt.

Empfehlung Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, die geleisteten Projektzeiten in angemessener Weise zu erfassen und die Kosten/Leistungsrechnung im ZuB weiterzuentwickeln.

Stellungnahme ZuB *Im Rahmen des neuen Pilotprojekts „New Public Management“, an dem sich auch das Zukunftsbüro beteiligt, ist die Erfassung der Projektzeiten sowie die Weiterentwicklung der Kosten/Leistungsrechnung geplant.*

3.4. Evaluierung

Die Evaluierung von Lebenswert leben ergab einige Verbesserungspotentiale. Weitere Kampagnen und Projekte sollten in regelmäßigen Abständen und in geeigneter Weise evaluiert werden.

Situation Ein wesentliches Element des New Public Management ist die Messung von Wirkungen des Verwaltungshandelns. Dementsprechend sind Kriterien und Indikatoren zu definieren, anhand derer im Nachhinein der Erfolg des Handelns bewertet werden kann.

In Zusammenarbeit mit der Universität St. Gallen und dem Österreichischen Ökologie-Institut wurden drei Projekte der nachhaltigen Regionalentwicklung aus drei Ländern im Bodenseeraum einer Beurteilung unterzogen. Als eine der drei Fallstudien wurde das Projekt Lebenswert leben ausgewählt.

Beurteilt wurden die Merkmale von Netzwerken, die Elemente regionaler Akteursnetzwerke und deren Kontext, die Qualität der Initiative als selbstorganisierendes System, die Ausrichtung des Zielsystems auf eine nachhaltige Entwicklung und das Vorgehen.

Lebenswert leben wurde in sehr vielen Punkten positiv beurteilt. Es wurden aber auch einige Schwächen aufgezeigt. So wurde beispielsweise das Verhältnis zwischen der Initiative Lebenswert leben und dem politisch administrativen System seitens der Landesverwaltung als eher passiv und zum Teil auch von Konkurrenzdenken beeinflusst beurteilt. Angeregt wurde auch, sich stärker auf die Ziele und weniger auf das Vorgehenskonzept zu konzentrieren sowie den Zugang für neue Akteure in das Projekt sicherzustellen.

In einer Diplomarbeit wurde Lebenswert leben im Jahr 2001 mit dem Schwerpunkt Nahversorgung evaluiert. Analysiert wurde, ob und wie sich die Kampagne im Bewusstsein der Bevölkerung niederschlägt. Dazu wurde eine Medienauswertung für zwei Zeiträume – 09/95 bis 09/97 und 10/97 bis 04/98 durchgeführt. Der erste Zeitraum lag vor dem Start von Lebenswert leben. Als Ergebnis der Untersuchung wurde festgestellt, dass die Berichterstattung sprunghaft anstieg, das Problembewusstsein gesteigert wurde und das Thema Nahversorgung in seiner Bedeutung umfassender diskutiert wurde.

Bewertung

Die Ergebnisse der Evaluierung von Lebenswert leben zeigen die Notwendigkeit auf, das politisch/administrative Handeln in regelmäßigen Abständen und in geeigneter Weise einer Erfolgsbeurteilung zu unterziehen.

Auffallend ist für den Landes-Rechnungshof, dass bereits bei der Evaluierung einer Kampagne die fehlende Vernetzung des ZuB mit der Landesverwaltung als deutlicher Schwachpunkt erkannt wurde. Auch der Hinweis, das Veränderungsmanagement sollte sich mehr auf die Ziele und weniger auf das Vorgehenskonzept konzentrieren, sollte in der Arbeit des ZuB berücksichtigt werden.

Die Evaluierung von Kampagnen und Projekten ermöglicht dem ZuB einerseits, seinen Beitrag zur Wertschöpfung aufzuzeigen und andererseits Maßnahmen zur Organisations- und Personalentwicklung gezielter umzusetzen.

Empfehlung

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, auch andere Kampagnen und Projekte in regelmäßigen Abständen und in geeigneter Form zu evaluieren.

Bregenz, im Juni 2003

Der Direktor

Dr Herbert Schmalhardt

Abkürzungsverzeichnis

CSR	Corporate Social Responsibility
EFQM	European Foundation for Quality Management
MWSt	Mehrwertsteuer
UID	Umweltinformationsdienst
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
VBK	Voranschlag, Buchhaltung, Kostenrechnung
WCED	World Conference on Environment and Development
ZuB	Büro für Zukunftsfragen